

SED muß Juni-Lüge revidieren

Drei Jahre später: Wer rehabilitiert die Opfer?

Drei Jahre sind es her, seitdem die alte SED-Politik in einer Welle von Streiks und nichtbefohlenen, echten Demonstrationen begraben werden mußte. Eine Kette brutaler Gewalttaten stellte damals die „Ordnung“ wieder her. Die sich mit der Masse der Bevölkerung gegen die SED erhoben hatten, wurden nach Art der Geisel-Festsetzung als „bestochene Agenten“ in die Zuchthäuser geworfen. Der Aufstand wurde zum „faschistischen Putsch“ deklariert, um die Solidarität der Freigebliebenen mit den Verhafteten zu brechen. Die SED fand eine eigene Juni-Legende, an der sie drei Jahre festgehalten hat. Jetzt muß sie diese Juni-Lüge revidieren, die Umstände zwingen sie dazu. Und es wird an uns liegen, der SED die Konsequenzen einer solchen Revision zu erklären.

Seit etwa drei Wochen werden in der Zone Verhaftete des 17. Juni freigesetzt. Der damalige SED-Justizminister Fechner, der die Rechtmäßigkeit der Streikaktionen anerkennen und dafür selbst ins Gefängnis wandern mußte, ist wieder auf freiem Fuß. Die kommunistischen „Verräter“ des Juni-Aufstandes, Herrstadt und Zaiser, sind längst wieder rehabilitiert. Der eine arbeitet in Thüringen in einer Staatsfunktion, der andere bildet bei Moskau Soldaten aus.

Der Streikführer vom Block 40 in der Stalinallee, von wo der Aufstand seinen Ausgang nahm, wurde in diesen Tagen freigelassen. Eine ganze Reihe von Gewerkschaftern und sogar SED-Mitgliedern, die damals angeblich „in westlichem Sold“ gestanden haben, sind wieder in ihre Funktionen zurückgekehrt. Man hat sie nur in die Provinz abgeschoben, um unnötige Diskussionen zu umgehen. Der ganze 17. Juni „war eigentlich nie gewesen“...

Wer aber plädiert für jene Sowjetzonenbewohner, die vor drei Jahren als einfache Bürger auf die Straße gingen, um erstmals offen ihre Meinung zu bekunden? Man amnestiert SPD-Angehörige, weil man sich davon eine Geste in Richtung „Aktionseinheit“ verspricht. Man

setzt SED-Leute und FDGB-Mitglieder wieder in ihre Funktionen ein, weil man stillschweigend die Lüge von damals revidieren und den Meinungswechsel im kommunistischen Kreise glaubhaft machen will. Aber die anderen, von deren Schicksal nur die Angehörigen und die nächsten Nachbarn wissen, wer wird sie rehabilitieren?

Man hat viele Juni-Verhaftete nachträglich unter der Beschuldigung vor ein Gericht gestellt, sie hätten vor drei Jahren ein Fabrikfenster eingeworfen oder mit einem heruntergerissenen SED-Transparent „Volkseigentum“ zerstört. Andere wurden nach mehrmonatiger Haft entlassen und arbeiten seither als Bürger zweiter Klasse in „Bewährung“. Die Zahl der in den SSD-Haftanstalten verschwundenen und anderweitig gemäßregelten Juni-Opfer wird von Angehörigen des kommunistischen Apparates selbst auf etwa 15 000 geschätzt. Dem Westen wird es überlassen bleiben, für die Wiedergutmachung dieses Unrechts einzutreten.

Das Eintreten des Westens für die Juni-Opfer ist von der SED in den letzten Jahren oft so ausgelegt worden, daß diese angeblich im Auftrage des Westens oder in Verbindung mit westlichen Stellen gehandelt hätten. Wer den Aufstand mit-

erlebte, weiß, daß es in keiner Stunde so gewesen ist. In Westberlin und der Bundesrepublik schlugen die ersten Nachrichten von den Juni-Vorgängen wie eine Bombe ein, und mancher der geistig oft viel zu spät reagierenden Kommentatoren im Westen mag die Tatsache, wie wenig wir damals von der gespannten Lage in der Zone wußten, beschämt zur Kenntnis genommen haben. Aber als die ersten Maschinenpistolen-Garben fielen, da warteten die Menschen in der Zone auf die Hilfe aus dem Westen, die ihnen dieser blutenden Herzens nicht geben durfte.

Das ist die moralische Verpflichtung, die wir im Westen heute haben: Unser Schicksal so eng an das der Menschen in der Sowjetzone zu binden, daß es die SED nicht wagen wird, noch einmal auf eine deutsche Bevölkerung zu schießen. Mögten in diesem Sinne alle Schritte des Westens verstanden werden.

Niemand stellt unbillige Forderungen, wenn er die Wiedergutmachung des tausendfältigen Unrechts vom Sommer 1953 verlangt. Die SED hat — wenn auch leise und verhalten — den ersten Schritt getan, und sie wird den zweiten gehen müssen. Sie hat den 17. Juni — den sie selbst verschuldete — zu einer Verschärfung der Spaltung Deutschlands und insbesondere Berlins genutzt. Sie wird kein Gespräch mit der Bundesrepublik erreichen, bevor sie die normalen Verhältnisse nicht wiederhergestellt hat. Noch gibt es keinen Überblick über die Zahl der freigelassenen Juni-Häftlinge. In wenigen Wochen wird man diesen Überblick haben. Dann liegt es an der SED, ihre Fehler von damals offen einzugestehen.

Pankow und die Preise

DT. In großer Aufmachung hat die Presse der Sowjetzone endlich die „neue große Preissenkung in der DDR“ verkündet, von der in den letzten Wochen geflüstert wurde. Sie bezieht sich in der Hauptsache auf Textilien, Schuh- und Lederwaren und einige Industriewaren. Überblickt man die Listen, so könnte man den Eindruck einer großartigen Preissenkung erhalten denn die genannten Prozentsätze der Preiserabsetzung liegen am häufigsten zwischen 25 und 50 Prozent. Schaut man aber näher hin, dann fallen einem merkwürdige „Einschränkungen“ auf. So wird z. B. gesagt: „Außerdem ist ein Preisnachlaß für einen Teil folgender sonstiger Industriewaren beschlossen worden.“ Es werden dann Rundfunkgeräte, Fotozubehör, Taschenuhren und einige Wirtschaftsgeräte aufgezählt. Der Leser wird oft erst im HO-Laden merken, daß nur ein „Teil“ dieser Warengruppen gemeint war. In der Textilliste der Preissenkungen häufen sich auffallend viel Waren aus Kunstseide und Zellwolle. In der Lederliste fehlen Schuhe mit Ledersohlen ganz; nur Schuhwerk mit „angegossener Sohle“ wird um 25 Prozent billiger. Bei einer einzigen Kühlstrankmarke von 45 Litern wird der Preis um 20 Prozent ermäßigt. Zwei Staubsauger, „Jette“ und „Omega“, werden um 16 Prozent billiger. Diese Preissenkungsaktion macht doch einen merkwürdigen auf besondere Artikel „gezielten“ Eindruck.

Schon eine Weile geht das Gerücht, daß sich in der Sowjetzone große Bestände von „Ladenhütern“ gebildet haben, die man zu den sprichwörtlich überhöhten HO-Preisen gar nicht mehr loswerden kann. Vor wenigen Tagen (am 27. 5.) hat das „Neue Deutschland“ auch eine Rede des Politbüro-Mitgliedes Fritz Ölsner veröffentlicht, in der den „Finanzfunktionären“ der Sowjetzone die Leviten verlesen wurden, weil sie die marxistische Wertbildung nicht begriffen haben und meinen, durch finanztech-

nische Manipulationen oder irgendwelche Tricks für den Haushalt Geld schaffen zu können, wie Ölsner wörtlich sagte.

Was hatten diese „Finanzfunktionäre“ verbrochen? Ölsner macht es ihnen deutlich klar. „Der Gebrauchswert der Waren“, so sagt er, „ist bei längerem Lagern der Ware einer Minderung ausgesetzt, die nicht ohne Einfluß auf den zu realisierenden Preis bleibt.“ Dann gibt es Verluste. „Aus Angst vor diesem Verlust zögern dann unsere Finanzorgane allzuoft die notwendige Preisänderung so lange hinaus, bis der letzte, d. h. der größte Verlust eintritt.“

Ölsner doziert dann in marxistischem Deutsch unständig weiter, daß der Wert einer Ware erst realisiert wird, „wenn sie in die Sphäre der Konsumtion eintritt“, selbst wenn der Staat die Ware vorher schon mit der Produktionsabgabe (die Verbrauchssteuer) belastet hat. Auf gut deutsch: Ladenhüter, die mit hohen Preisen ausgezeichnet, in den Regalen schmoren, bringen dem Staat keine Steuern.

Es ist rührend, wie sich Ölsner bemüht, seinen „Finanzfunktionären das primitive Einmaleins des Kaufmanns umständlich beizubringen, wonach nur verkaufte Ware Erlöse bringt und daß es dem „Staat nichts nützt“, wie Ölsner sagt, „wenn in der Produktion ein hohes zentralisiertes Reineinkommen erzeugt ist, die Waren dann aber als überplanbestände oder als schwer absetzbare Waren im Handel lagern und schließlich mit großen Verlusten verkauft werden müssen“. Damit enthüllt er die „chronische Schwäche des sowjetzonalen Plansystems. Er kündigte darum entsprechende Beschlüsse des Politbüros an, die als Empfehlungen an den Ministerrat gehen, und so hoffe er, „die Lösung dieser Fragen herbeizuführen“.

Die jetzt verkündeten gezielten Preissenkungen sind offenbar das Ergebnis dieser Beschlüsse. Sie beweisen, daß auch die Planwirtschaft Pankows den Verbraucher nicht zwingen kann, diejenigen Waren zu überhöhten Preisen abzunehmen, die ihm nicht gefallen.

Auf eine Milliarde Ostmark

im Jahr wird der „Gewinn“ der Verbraucher in diesem Jahr durch diesen Ausverkauf von Pankow berechnet, rund 2 Prozent des sowjetzonalen Sozialprodukts. Dafür geht man dort mit Lohnerhöhungen um so sparsamer um. Wir müssen abwarten, wie attraktiv sich die HO-Verkäufe auf diesen Gebieten jetzt erweisen werden. Es war bis jetzt kein Ruhm für die sowjetzonalen Qualitäten und Preise, daß viele Bewohner der Sowjetzone und Ostberlins sich bei mancher Ware, die jetzt verbilligt wird, immer noch überlegen mußten, ob sie diese nicht doch in Westberlin kaufen, obwohl sie dabei ihre schwerverdiente Ostmark im Verhältnis 4 : 1 und zu einem noch schlechteren Kurs in Westmark umtauschen mußten. Ob diese Überlegungen jetzt zu Ende sind, nachdem sowjetzonale Damenstrümpfe aus Perlon jetzt von 14,85 DM Ost auf 11,90 DM Ost herabgesetzt wurden...?

Bulganins Brief

Bundeskanzler Dr. Adenauer hat in der Ansprache vor der amerikanischen Universität Yale den Brief des sowjetischen Ministerpräsidenten Bulganin ohne direkte Bezugnahme auf dieses Dokument mit einer allgemeinen Feststellung bereits beantwortet. Er sagte nämlich, die Bundesregierung werde die vorgesehenen Planungen hinsichtlich der Aufstellung deutscher Soldaten erfüllen; die angekündigte Verringerung der sowjetischen Streitkräfte werde auf die deutschen Verteidigungsanstrengungen keinen Einfluß haben. Bulganin hatte den Bundeskanzler bekanntlich dazu aufgefordert, die internationalen Abrüstungsbemühungen zu fördern, und zwar vor allem dadurch, daß er „in Westdeutschland nicht eine Entwicklung zulassen wird, die den Interessen der europäischen Sicherheit zuwiderläuft und zur Verstärkung des Wettrüstens führen würde“.

Die Stellungnahme des Bundeskanzlers war zu erwarten und ist zu billigen. Der Brief Bulganins an Adenauer ist nämlich an den Regierungschef eines Landes gerichtet, das

(Fortsetzung auf Seite 7)

Lieber Leser!

Wir wollen gern wissen, wie die Verteilung unserer Wochenausgabe in der sowjetischen Besatzungszone funktioniert. Die Namen unserer Leser interessieren uns dabei nicht, sondern nur die Orte. Deshalb bitten wir Sie, eine Ansichts- oder Postkarte mit falschem Absender an folgende Adresse zu schicken:

Herrn E. Regni
Berlin-Tempelhof 1

Manfred-v.-Richthofen-Str. 2, II

Falls Sie den kleinen TAG mit der Post erhalten, entfernen Sie bitte Ihre Anschrift, nicht aber die Marke von dem Briefumschlag und schicken Sie ihn in einem anderen Briefumschlag an die obige Anschrift.

Wir danken Ihnen für Ihre Hilfe.

Dulles warnt vor Moskau

Gegen Abbau der Militär- und Wirtschaftshilfe

Washington (AP). Der amerikanische Außenminister Dulles hielt vor dem Staatscollege von Iowa eine große politische Rede, in der er unter Hinweis darauf, daß die Sowjetherrscher „gigantische Anstrengungen“ zum Ausbau ihrer militärischen Macht unternähmen, das amerikanische Volk eindringlich warnte, seine Sicherheit billig einzuhandeln.

Dulles betonte, daß, solange die Gefahr des internationalen Kommunismus bestehe, für die Vereinigten Staaten auch die Notwendigkeit erhalten bleibe, jährlich etwa 40 Mrd. Dollar (168 Milliarden DM) für die Streitkräfte und die militärische und wirtschaftliche Auslandshilfe zu veranschlagen. Diese Summe stelle gleichsam die Prämie für eine „Friedensversicherung“ dar.

Der Außenminister wandte sich gegen eine falsche Auslegung des Begriffes Neutralität. Eine Neutralitätspolitik, die vorgebe, daß ein Volk seine Sicherheit am besten dadurch erlangen könne, wenn es dem Schicksal anderer gleichgültig gegenüberstehe, nannte Dulles „unmoralisch und kurzsichtig“.

Der amerikanische Außenminister trat für Aufrechterhaltung des Wirtschafts-Hilfeprogramms, möglicherweise sogar für eine Erweiterung ein und

Adenauers Antwort an Bulganin

Deutscher NATO-Beitrag unverändert

New Haven (Connecticut), (AP/DPA). Die Stellung der Bundesrepublik zur Sowjetunion und zum Westen war das beherrschende Thema einer großen Rede, die Bundeskanzler Dr. Adenauer vor der amerikanischen Yale-Universität hielt. Die Ansprache wurde als eine indirekte Antwort auf das persönliche Schreiben des sowjetischen Ministerpräsidenten Bulganin an den Kanzler gewertet. Adenauer versicherte, daß die von der Sowjetunion angekündigte Truppenverringerung keinen Einfluß auf den deutschen Verteidigungsbeitrag haben werde. Die Bundesrepublik werde weiterhin ein verlässlicher Partner des Westens bleiben, wie andererseits die Erhaltung der militärischen Stärke des Westens die erste und unerläßliche Voraussetzung für Frieden und Freiheit sei.

Adenauer, der vor der Yale-Universität anlässlich der Verleihung der Ehrendoktor-Würde sprach, ermahnte den Westen, auch nicht für einen Augenblick in seiner Wachsamkeit gegenüber der neuen sowjetischen Politik nachzulassen, die ge-

fährlicher sei als das frühere aggressive Vorgehen. Die Sowjetführer seien nach wie vor nicht bereit, die Hauptursachen der Spannung in der Welt zu beseitigen, wie ihr Verhalten in der Deutschlandfrage deutlich bewiese.

Die Frage der Wiedervereinigung nahm einen breiten Raum in der Rede des Bundeskanzlers ein. Er sagte seinen amerikanischen Zuhörern:

„Betrachten Sie die deutsche Frage, die Frage der deutschen Wiedervereinigung, nicht allein als eine Frage des deutschen und als eine Frage des natürlichen Rechts. Die Frage der deutschen Wiedervereinigung ist die Frage der Stabilität Europas und damit der Stabilität des Weltfriedens.“

„Senat läßt sich nicht verführen“

Suhr zum Störungsmanöver Eberts

Berlin (Eigenbericht). Vor dem Berliner Abgeordnetenhaus hat der Regierende Bürgermeister Suhr in einer einmütig gebilligten Erklärung über die Situation Berlins erneut festgestellt: „Der Senat ist die einzige und alleinige legale Regierung von ganz Berlin.“ Der Brief des „Herrn Ebert“ stelle offenbar einen ähnlichen Versuch dar, auf die Sitzung des Abgeordnetenhauses einzuwirken wie „die Sirengesänge der Volkammer der DDR am Vorabend der Bundestagsdebatte“. Der Senat werde sich aber nicht von der anderen Seite „auf irgendwelche Irrwege verführen lassen“.

Suhr wies darauf hin, daß die

Bemühungen des Senats auf eine Erleichterung des Verkehrs und der Beziehungen zwischen den Berlinern in beiden Teilen der Stadt abzielten, während Ebert glaube, sich mit Besprechungen über BVG-Tarife in die inneren Verhältnisse des freien Berlin einmischen zu können.

Allen Störungsmanövern zum Trotz werde sich der Senat, betonte Suhr abschließend, weiterhin darum bemühen, durch technische Kontakte das Zusammenleben der Berliner zu erleichtern, Senatsrat Kraft sei bevollmächtigt, mit den Ostberliner Dienststellen entsprechende Verhandlungen zu führen.

So rechnet Chruschtschow ab

Angriffe auf Stalin — US-Außenamt veröffentlicht Rede

Washington (AP/DPA). Das US-Außenministerium hat den vollständigen Text der Rede veröffentlicht, die Parteisekretär Chruschtschow vor dem XX. Parteikongreß der KPdSU gehalten und mit der er die Anti-Stalin-Kampagne eingeleitet hat. Chruschtschow bezichtigt darin seinen Vorgänger der „Intoleranz, der Brutalität und des Mißbrauchs der Macht“. Die wichtigsten Punkte der in ihren Formulierungen außergewöhnlich scharfen Rede sind:

1. Chruschtschow beschuldigte Stalin, die Liquidierung des ehemaligen Außenministers Molotow und des stellvertretenden Ministerpräsidenten Mikojan geplant zu haben.

2. Zur Zeit der deutschen Invasion habe Stalin persönliche Feigheit und nahezu krankhafte Depressionen gezeigt. Stalin sei verantwortlich für „wahnsinnige militärische Interventionen“, die Hunderttausenden von sowjetischen Soldaten das Leben kosteten. „Die schlimmste dieser Interventionen war der erfolglose Versuch, gegen den Rat des sowjetischen Oberkommandos 1942/43 Charkow einzukreisen... Wir sollten festhalten, daß Stalin die militärischen Operationen am Globus geplant hat... Das ist Stalins militärisches ‚Genie‘.“

3. Stalin habe seinen alten Genossen absichtlich Verbrechen vorgeworfen, die sie niemals begangen hätten. Chruschtschow beschuldigte Stalin, allein nach dem XVII. Parteikongreß 1934 die Verhaftung von 1108 der 1966 Delegierten dieses Kongresses „wegen gegenrevolutionärer Verbrechen“ befohlen zu haben. 1937 und 1938 habe er die Verhaftung und Hinrichtung von 98 der

139 Vollmitglieder und Kandidaten des Zentralkomitees angeordnet. Nach Mitteilung Chruschtschows hat der Oberste Gerichtshof von 1954 bis Februar 1956 7679 Personen — zum Teil erst nach ihrem Tode — rehabilitiert.

Wörtlich erklärte Chruschtschow zu diesem Komplex: „Stalin prägte den Begriff des Volksfeindes und ermöglichte dadurch die Anwendung der grausamsten Repressalien... Das willkürliche Verhalten einer Person förderte und erlaubte die Willkür anderer. Massenverhaftungen und Deportationen vieler Tausender, die ohne Prozeß und ohne normale Untersuchung hingerichtet wurden, schufen Bedingungen der Unsicherheit, der Furcht und sogar der Verzweiflung.“

4. Stalin habe die sowjetische Außenpolitik so exzentrisch und

willkürlich geleitet, daß die internationale Stellung der Sowjetunion dadurch wesentlich geschwächt worden sei.

5. Chruschtschow zitierte folgende Äußerung Stalins über Tito: „Ich werde meinen kleinen Finger krümmen, und dann wird es keinen Tito mehr geben.“ Der Parteisekretär fügte hinzu: „Wir haben dafür teuer bezahlt. Diese Feststellung spiegelte Stalins Größenwahn wider... Stalin hatte das Bewußtsein für die Realität verloren. Er stellte seinen Hochmut nicht nur im Hinblick auf Personen der UdSSR zur Schau, sondern auch im Hinblick auf ganze Parteien und Nationen.“

6. Über Marschall Shukow habe Stalin verleumderische Geschichten mit der Absicht in Kurs gebracht, den militärischen Ruf Shukows herabzusetzen. Am Ende des zweiten Weltkrieges habe er ihn ins Exil geschickt.

Als Beispiel für Stalins Argwohn teilte Chruschtschow mit, daß Stalin Marschall Woroschilow, das jetzige Staatsoberhaupt, beschuldigt habe, ein Agent der Engländer zu sein und eine Abhörvorrichtung in Woroschilows Wohnung angebracht habe.

Kaganowitsch zurückgetreten

Der letzte Alt-Bolschewik mußte gehen

Moskau (AP). Der stellvertretende Ministerpräsident der Sowjetunion, Lazar Kaganowitsch, ist von dem Posten des Vorsitzenden des staatlichen Komitees für Arbeits- und Lohnfragen zurückgetreten. Zu

seinem Nachfolger wurde der Vorsitzende der Unionskammer des Obersten Sowjets, Alexander Petrowitsch Wolkow, ernannt.

Über die Gründe des Rücktritts von Kaganowitsch verlautet nichts. In einem kurzen Kommuniqué heißt es lediglich, Kaganowitsch sei auf eigenen Wunsch von seinem Amt entbunden worden. Er bleibt jedoch ebenso wie Molotow stellvertretender Ministerpräsident.

Kaganowitsch, ein Bolschewist der alten Garde, gehört seit 1911 der kommunistischen Bewegung an. 1922 ernannte ihn Stalin zum Leiter der Personalabteilung der Partei und sandte ihn überall dorthin, wo zu säubern und das Regime Stalin zu festigen war. Bulganin, Chruschtschow und Malenkow sind in der Ära Kaganowitsch zu leitenden Posten im Parteiapparat aufgestiegen.

Die erste Sowjet-Statistik

200 Millionen Einwohner — 4,8 Millionen hat Moskau

Moskau (DPA). Die Sowjetunion hat mit der bisherigen Praxis gebrochen, statistische Unterlagen als Staatsgeheimnis zu betrachten. Sie veröffentlichte jetzt zum ersten Male einen 262 Seiten umfassenden Band mit statistischen Angaben über die Volkswirtschaft der UdSSR.

Nach diesen Unterlagen wird die Bevölkerung der Sowjetunion von amtlicher Seite auf 200 200 000 Menschen geschätzt. 1939, als die letzten Bevölke-

rungsziffern bekanntgegeben wurden, hatte die Sowjetunion 170 600 000 Einwohner. Ein Jahr später wurden dann Litauen, Lettland, Estland und Bessarabien der Sowjetunion einverleibt. Wie aus der Statistik weiter hervorgeht, ist die Geburtenziffer von 1940 bis 1953 stark abgesunken, und zwar von 31,7 Geburten auf 1000 Menschen im Jahre 1940 auf 24,9 im Jahre 1953. Die Einwohnerzahl von Moskau wird mit 4,8 Millionen angegeben.

So sind sie wirklich!

Kirsanow wollte ihn erschießen ...

In der Wilhelm-Pieck-Str. 11, fast neben dem Parteihaus der SED, gibt es ein schlichtes Anwaltsbüro: „Dr. Friedrich Karl Kaul, Sprechstunden nach Vereinbarung.“ Man braucht ihn nicht besonders vorzustellen, den SED-Chefverteidiger: In Moabit und vor westdeutschen Gerichten hat er laut genug die Paragraphen für die SED zurechtgebogen — oder es wenigstens versucht. Und in Ostberlin kennen sie ihn nicht nur aus seinen Büchern, die der Partei-Verlag als „juristische Anklagen eines deutschen Patrioten“ anzupreisen versucht. Wer ist dieser Kaul aber wirklich? Ist er ein Kommunist?

Antifaschist wider Willen

Kaul ist 1906 in Posen geboren. Sohn eines reichen Kaufmanns, studierte er in Heidelberg und Berlin. 1929 machte er sein Referendarexamen und wurde an der Berliner Universität angestellt. Hier promovierte er zwei Jahre später zum Dr. jur.

Die Nazis setzten ihn als Nichtarier vor die Tür, ließen ihm aber seine Praxis, da er sich vor 1933 auch für Nationalsozialisten betätigt hatte. Seine Verhaftung 1935 erfolgte auf Grund nie geklärter Verbindungen zu dem von Hitler ermordeten SA-Stabschef Röhms. 1937 wanderte Kaul nach Kolumbien aus, sein Vermögen hatten ihm die NS-Behörden belassen. In Nikaragua wurde er 1941 als Deutscher interniert. Zu dieser Zeit gehörte er bereits zur Strasser-Gruppe. Es ist allerdings möglich, daß er schon damals die deutsch-amerikanischen Nazis für die Sowjet-spionage unterließ. Ende 1942 an die USA ausgeliefert, kehrte er als einer der ersten Amerika-Emigranten in die Sowjetzone Deutschlands zurück. Die VVN war es, die ihn hier zum „Antifaschisten wider Willen“ stempelte. Für sie verdiente sich der „KZ-Insasse und Rassenverfolgte“ die ersten Nachkriegssporen. Sie bestanden vornehmlich in der Durchföchtung kommunistischer Pensionsansprüche in Westberlin.

FRIEDRICH KARL KAUL



1947 entdeckte ihn die SED. Eine Reihe prozessierender Kommunisten hatte ihn dem Zentralkomitee empfohlen. Vom Justiziar des „Berliner Rundfunks“ rückte Kaul zum Chefverteidiger der „Nationalen Front“, Privat-anwalt führender SED-Funktionäre und — zum Schriftsteller auf. 1948 veröffentlichte Kaul in der sowjetamtlichen „Täglichen Rundschau“ unter dem Pseudonym „Dr. Fritz Starck“ eine Artikelserie gegen die USA, die wortwörtlich aus dem „Völkischen Beobachter“ übernommen war. Chefredakteur Oberst Kirsanow jagte ihn damals mit Fußtritten aus dem Redaktionsgebäude am Friedrichshain und drohte ehrlichen Herzens: „Kommen Sie wiederr, und ich schieße Sie übr den Haufen!“ Kaul änderte sein Pseudonym und schrieb Hörspiele über Westdeutschland, für das „Staatliche Rundfunkkomitee“. Ein halbes Dutzend Büchelchen sind seither von ihm erschienen. Sie könnten auch im „Völkischen Beobachter“ abgedruckt worden sein...

Pro Menschenräuber 10 000 Mark!

Die Chefin des ehemaligen „Rechtsausschusses der Nationa-

len Front“, Hilde Adolph (SED), hat dem Genossen Kaul für die Verteidigung eines im Westen gefaßten Menschenräubers durchschnittlich 10 000 Ostmark gezahlt. Kaul ist so zu einem der reichsten SED-Funktionäre geworden. Sein Konto läuft mit einer sechsstelligen Zahl. Bereits 1950 verdiente er laut Steuerauszug 144 029 DM Ost.

Es hat diesen Kaul nie interessiert, wen er verteidigte. Er stellte seine Paragraphenkenntnis in den Dienst der kommunistischen Sache, wie er bereit gewesen war, für Strasser eine „Nationale Bewegung“ aufzubauen. Kaul hat viele Feinde in der SED. Aber er hat sie alle in der Hand, die heutigen Minister und Staatssekretäre. Damals, als sie noch um kleine Pensions- und Wiedergutmachungsansprüche kämpften, haben sie ihm zum Teil mehr erzählt als der Kaderabteilung des SED-Zentralkomitees. Aber Kaul weiß sein Schweigen wie sein Wissen zu verkaufen. Sein Wunschtraum ist die „Staatsfunktion“. 1947 äußerte er einmal den Wunsch, Justizminister zu werden. Ob er das erreichen wird, ist fraglich. Kaul ist selbst für die Kommunisten moralisch und politisch zu belastet. Außerdem empfinden sie, daß er nicht zu ihnen gehört. Seine Rabulistik kommt ihnen zugute, aber ihn selbst halten sie sich gerne auf Distanz.

Wenn das, was jetzt in Ostberlin gemunkelt wird, wahr werden soll — Kaul als Leiter eines „Komitees zur Befreiung der politischen Gefangenen“ —, dann plant die SED mit dieser Ernennung einen besonderen Coup. (Siehe auch Seite 6.) Ein Dr. Kaul fehlt ihr gerade noch in ihrer Kampagne für die Handvoll verhafteter westdeutscher Kommunisten, mit denen sie seit Monaten von gewissen Vorgängen in der Zone abzulernen versucht. Kaul wäre der geeignete Mann, um einen Kuhhandel mit den rund 10 000 politischen Häftlingen der Zone vorzuschlagen. Seine Biographie sei darum den Ereignissen vorausgeschickt — als Kriterium für die Absichten der SED.

Was will die SED mit Angenfort?

Durchsichtiges Tauziehen um undurchsichtiges „Komitee“

Seit einigen Tagen hat sich in der oberen Friedrichstraße in Ostberlin eine Gruppe von Leuten etabliert, die hier „Informationen über verhaftete Patrioten in Westdeutschland“ zu sammeln vorgeben. Zu ihnen gehört der aus einem westdeutschen Gefängnis ausgebrochene FDJ-Konspirateur Wolfgang Seiffert wie auch ein halbes Dutzend anderer KP-Funktionäre, denen der Boden in der Bundesrepublik zu heiß geworden ist. In Parteikreisen firmiert dieses Unternehmen flüsternd als „Komitee zur Befreiung der politischen Gefangenen“, und man will wissen, daß die SED in absehbarer Zeit ein solches „Komitee“ mit dem SED-Anwalt Dr. Kaul an der Spitze legalisieren will (siehe Biographie Seite 5).

Gewisse Anzeichen deuten darauf hin, daß derartiges in Angriff genommen wird. Die SED will — wie bereits festgestellt — einen Kuhhandel mit politischen Gefangenen. Sie will eine Reihe politischer Häftlinge in der Sowjetzone, deren Freilassung einfach nicht mehr zu umgehen ist, gegen in der Bundesrepublik wegen schwerer Vergehen verurteilte Kommunisten austauschen. Dieses Ansinnen wird vorerst nur auf der Hinterterasse diskutiert, aber die SED hat bereits deutlich zu erkennen gegeben, daß sie einem solchen Handel nicht abgeneigt sei.

Der Fall Angenfort

Seit etwa zwei Wochen führt die Ostpresse eine neue Kampagne für den zu fünf Jahren Freiheitsentzug verurteilten Chef der illegalen West-FDJ, Jupp Angenfort. Zwei Dutzend anderer Kommunisten werden fast täglich in den sowjetzonalen Zeitungen als „Opfer des westdeutschen Justizterrors“ zitiert. Waren Angenfort und seine Genossen der SED vor einem Jahr noch willkommene Märtyrer, deren Freilassung man geradezu fürchtete, so liegt der SED gegenwärtig alles an einer „Befreiung“ ihrer verhafteten Funktionäre. Was aber ist der Grund für diesen Gesinnungswandel.

Dieser Angenfort hat innerhalb seiner Organisation derart autokratisch fungiert, daß mit seiner Verhaftung das gesamte konspirative Netz der West-FDJ aufgefliegen ist. Die westdeutschei FDJ-Gruppen liefen führerlos auseinander, einige fanden den Kontakt nach Ostberlin, andere decouvrierten sich und ganze Hundertschaften

weiterer Jungkommunisten, deren Tätigkeit mehr auf der östlich-geheimdienstlichen als auf einer politischen Ebene lag. Angenfort hatte alles „überorganisiert“. Ehe er nicht freikommt, fällt die westdeutsche FDJ nicht wieder auf die Beine.

Zerfall der KPD

Ähnlich ist es mit der KPD. KP-Chef Reimann und der halbe Parteivorstand haben als ständigen „Regierungssitz“ Ostberlin. Die Anleitung der weitverstreuten KP-Gruppen ist ungeheuer schwierig geworden. Die „Emigranten“ haben jede Autorität verloren. Täglich werden neue Parteiaustritte nach Berlin gemeldet. Vor allem in den Industriegebieten fehlen der Westabteilung des SED-Zentralkomitees jetzt die „schlagkräftigen Kader“ für Streikaktionen und kommunistische Störmanöver. Nur die verhafteten Kommunisten wären Imstande, den Zerfall zeitweilig aufzuhalten. Gerade als sie im

Pankow sperrt Gelder für die Kirche

Zahlungen werden willkürlich vorgenommen

Berlin (Eigenmeldung). Auf neue Schwierigkeiten in der Zahlung der Staatszuschüsse durch die Sowjetzonen-Regierung an die Evangelische Kirche hat Bischof D. Dibelius im Anschluß an seine Predigt in der Ostberliner Marienkirche hingewiesen. Er forderte die evangelischen Christen zu Spenden für die finanzielle Unterstützung der Gemeinden der Berliner Randgebiete und in der Zone auf.

Wie aus kirchlichen Kreisen bekannt wird, werden die Zahlungen neuerdings willkürlich

SSD, herhören!

Der kleine TAG wird versandt und verteilt ohne Rücksicht auf die politische Gesinnung des Empfängers. Gegner sind als Empfänger sogar besonders beliebt, denn sie haben es nötiger als andere, die Wahrheit zu erfahren. Wer Verdacht hat, daß seine Post überwacht wird, kann den kleinen TAG also ruhig bei der Polizei oder beim Bürgermeisteramt oder bei seiner Dienststelle abgeben. Übrigens wird er auch dort gern gelesen.

Herausgeber: Deutschland-Verlag GmbH., Berlin-Tempelhof 1, Manfred-von-Richtofen-Str. 2.
Druck: W. Büxenstein, GmbH.

Begriff waren, die konspirative Arbeit der KPD neu zu organisieren, erlette sie der lange fällige Prozeß.

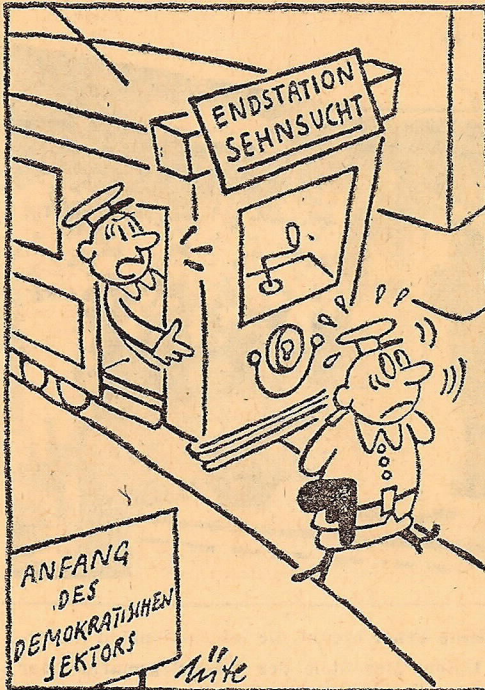
Das sollte man bedenken, ehe man sich näher mit der SED-Forderung nach einer Generalamnestie für die Angenfort und Genossen befaßt. Eine Freilassung der rechtskräftig verurteilten westdeutschen KP-Führer liegt im höchsten Interesse der SED. Sie ist heute bereits der Ansicht, daß man einen „Kuhhandel“ wagen soll. Sie wird in einigen Monaten bereit sein, einen noch höheren Preis zu zahlen.

vorgenommen und durch neue Einschränkungen in Frage gestellt. Die Kirche sei nicht mehr in der Lage, mit bestimmten Summen rechnen zu können.

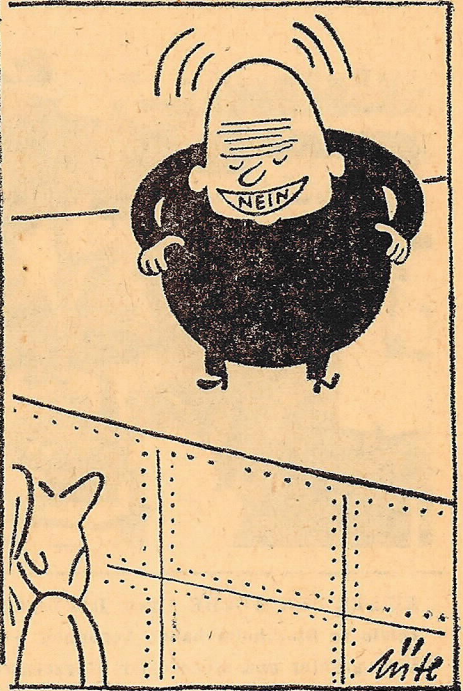
Weniger Arbeitslose in Berlin

Berlin (Eigenmeldung). Die Zahl der Arbeitslosen in Berlin ist im Mai um 5041 auf insgesamt 114 463 zurückgegangen. An dem erneuten Rückgang der Arbeitslosenziffer waren wiederum die Bauwirtschaft und die von ihr abhängigen Wirtschaftszweige maßgeblich beteiligt.

Chruschchows Deutschland-Ansicht



„Runter von den Schienen, sonst gibt es nie Kontakt!“



Der russische Teddy zeigt die Zähne!

Bulganins Brief

(Fortsetzung von Seite 2)

auch heute noch nicht über eine einzige Division verfügt. Abrüsten kann es also nicht. Allerdings kann es auch nicht auf den Aufbau einer angemessenen Verteidigungskraft verzichten. Der deutsche Beitrag zur Lösung des Abrüstungsproblems kann deshalb nur darin bestehen, daß wir die eigene, noch in den ersten Anfängen stehende Rüstungsplanung mit einer internationalen Abrüstung sinnvoll koordinieren, falls diese verwirklicht werden sollte. Hierzu aber war die Bundesregierung schon immer bereit.

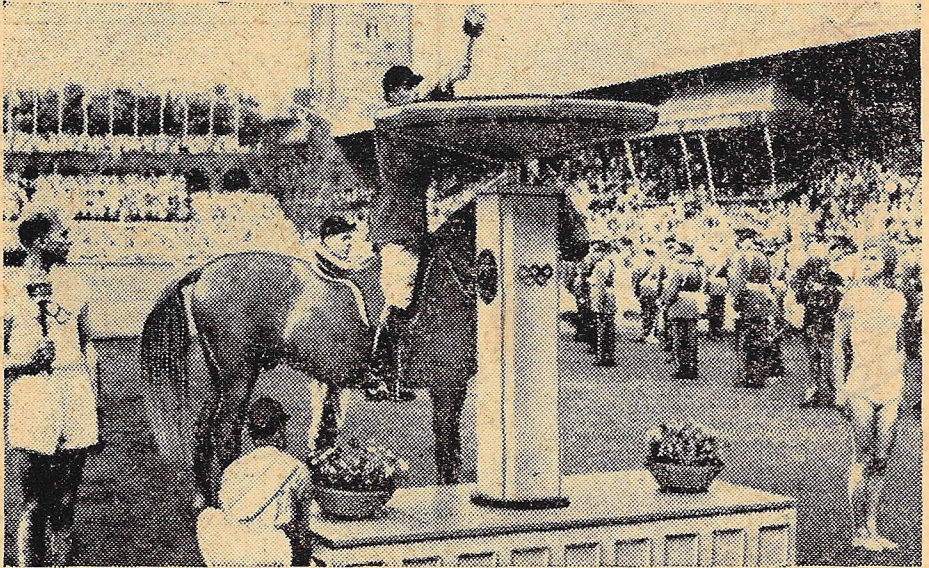
Wenn nun Bulganin meint, daß eine die Abrüstung fördernde Haltung der Westmächte und der Bundesrepublik „zweifelloso auch zur Lösung des Problems der Wiedervereinigung Deutschlands beitragen werde“, so ist das wiederum

nur eine sehr unverbindliche Andeutung, deren reale Einschätzung mehr oder weniger eine Frage der Phantasie ist. Selbst wenn sie einen praktischen Wert hätte, dann blieben gegenüber der deutschen Wiedervereinigung noch so unannehmbare Forderungen Moskaus bestehen wie z. B. die gesamtdeutsche Übernahme der „sozialistischen Errungenschaften“ der Sowjetzone.

Der Brief Bulganins wird in Bonn vor seiner Beantwortung dennoch sorgfältig geprüft werden. Immerhin sammelt sich mit der von Mollet übermittelten Äußerung Chruschchows und dem Brief Bulganins zwischen Moskau und Bonn allmählich ein politischer Stoff an, der eine informativere Einschaltung des deutschen Botschafters beim Kreml als nützlich erscheinen läßt.

Betonbunker gegen Grenzgänger

Furth im Walde (AP). Im Gegensatz zur tschechoslowakisch-österreichischen Grenze, wo Stacheldrahtverhaue entfernen, entstehen an der bayerischen Grenze neue Befestigungen. Tschechische Truppen bringen neue Stacheldrahtverhaue an, die nach Beobachtungen der bayerischen Grenzpolizei elektrisch geladen werden sollen. Im gesamten Grenzraum entstehen neue Bunker und Panzersperren aus Beton. Außerdem wurden neue hölzerne Beobachtungstürme aufgestellt, deren Posten durch Fernsprech- und Funksprechverbindung mit dem Hinterland verbunden sind. Zuständige Stellen glauben, daß durch diese Befestigungen der illegale Grenzverkehr unterbunden werden soll.



BILDER DER WOCHE. Oben: Das Olympische Feuer brennt, die internationalen Reiter-
spiele in Stockholm haben begonnen. — Unten: Der Stolz der US-Kriegsmarine, der
Welt größter und modernster Flugzeugträger „Saratoga“ hat New York verlassen und
begann seine Erprobungsfahrten auf dem Meer.

